

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

54. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.02.2011
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Ort, Raum: Jugend- und Kulturzentrum, Wutzkyallee 88, 12353 Berlin

Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Knörr, Sabine	SPD	
Pohl, Manuela	SPD	
Daum, Björn	CDU	Vertretung für: Khalil, Nader
Wagner, Heinz	Grüne	
Wittke, Franz	FDP	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Ahrens, Jens Holger	AWO Südost e.V.	
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Gelfert, Karin	Junge Hum.	
Haese, Axel	Human. Verband	
Heeb, Bernhard		
Knoller, Elisabeth Berlin	Kinderschutzzentrum	
Petzold, Olaf	Ev. Kirche	
Posner, Bernd	BEA Neukölln	Vertretung für: Tinsner, Silke
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Könning, Saskia	Jug Dez 1
Hoppe, Axel	Jug S L
Krause, Claudia	Leitung JuKuZ Wutzkyallee

Gäste:

Danquart, Iris	Kinder- und Jugendhilfeverbund gGmbH
Schwarz, Oliver	Sportjugend Berlin
Stratmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Fierdag, Iris	Kath. Kirche
Wedewad, Helmut	Bezirkselfternausschuss
Saupe, Manuela	AWO Kita Du und Ich
Titze, Birgit	AG 78 Jugendberufshilfe
Grätz, Stefan	BD/LINKE
Koß, Hendrik	Kinder- und Jugendrechtshaus

Abwesende:

Khalil, Nader	CDU	entschuldigt
Schwarzer, Christina	CDU	entschuldigt
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	unentschuldigt
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk	entschuldigt
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	entschuldigt
Tinsner, Silke	BEA	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung und stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist. Sie eröffnet die 54. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und dankt dem Jugend- und Kulturzentrum Wutzkyallee für die Gastfreundschaft. Zur Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen.

zu 1 Protokoll der 53. Sitzung

Auf Grund der Krankheit von Frau BzStR Vonnekold konnte das Protokoll nicht rechtzeitig versendet werden. Der TOP 1 wird daher auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 2 Kiez-AG

Frau Saupe der Kiez-AG Rixdorf berichtet über die Jahresplanung 2011. Festgestellt wurde, dass die Themen des letzten Jahres weiterhin aktuell sind. Zusätzlich sollen die Formen der Elternarbeit diskutiert werden. Die Kiez-AG Rixdorf ist eine große stabile Gruppe, jedoch ist die Breite der Probleme im Kiez nicht leistbar. Sie lobt die Schulen im Quartier, die sich vorbildlich öffnen. Gleichzeitig möchte sie den Jugendhilfeausschuss für das große Kinderfest der Anrainer des Droryplatzes am 11.5.2011 ab 15.00 Uhr auf dem Droryplatz einladen.

Frau Danquart von der Kiez-AG Süd-West berichtet, dass der Kinderschutz weiter thematisiert wird, auch in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Kinderschutzkoordinatorin Frau Sigwarth. Problematisch ist, dass die Schulen schwer erreichbar sind.

Frau Krause von der Kiez-AG Gropiusstadt informiert, dass die Gropiusstadt 2012 ihr 50-jähriges Bestehen feiert und die Vorbereitungen dafür begonnen haben.

zu 3 Vorstellung des Jugendrechtshauses Süd

Das Jugend- und Kulturzentrum Wutzkyallee ist ein Teil der Bildungsmeile Wutzkyallee bestehend aus dem Kulturzentrum, dem Abenteuerplatz, dem Jugendrechtshaus Süd und dem JC Trapez. Erkennbar sind die Einrichtungen am gleichen Logo. Ziel ist, auch an einer gleichen Fassadengestaltung erkennbar zu sein. Über Mittel des Quartiermanagements wurde die Außenmoderation übernommen.

Das JuKuZ besteht seit 1989 und hat auch Angebote für Erwachsene. Die Schwerpunkte bilden Naturwissenschaften, Musik, Kunst und Theater. Der Abenteuerplatz ist familienfreundlich gestaltet und beherbergt vier Schafe. Die Öffnungszeiten sind gruppenspezifisch gestaltet, vormittags kommen Erwachsenengruppen, Kita-Gruppen und Schulklassen, mittags beginnt der offene Betrieb besonders für die Schüler der Helmholtz-Schule und nachmittags finden die Gruppenangebote statt. Das Zentrum steht unter dem Motto „Wer zu uns kommt, hat etwas vor“. Ziel dabei ist, die Jugendlichen zu beschäftigen und nicht nur abhängen zu lassen. Die Volkshochschule nutzt die Räume für Kurse, ebenso das Jugendrechtshaus Süd.

Das Jugendrechtshaus bietet ein rechtspädagogisches Angebot. Es wurde auf Initiative des Jugendamtes Neukölln, des Polizeiabschnitts 56, der Schulaufsicht, der Liebig-Schule und des Quartierbüros Lipschitzallee ins Leben gerufen. Beraten werden Kinder, Jugendliche und deren Eltern.

In mehreren Bereichen wird dazu gearbeitet: Das Präventionsteam des Abschnitts 56 informiert zu Straf- und Verkehrsrecht, die JGH und die ehrenamtlichen Rechtsanwälte zu Jugendstrafrecht und der Jugendmigrationsdienst zu Aufenthaltsrecht und SGB II. Für die Beratung durch die Rechtsanwälte ist eine Terminvereinbarung notwendig.

Zudem gibt es eine große Technikbühne, die auch an Aktionen in der Gropiusstadt verliehen werden kann. Kooperationen bestehen mit der Musikschule Neukölln, der Stadtimpuls GmbH, dem Guttemplerhaus, der Kompetenzagentur Neukölln und der Volkshochschule Neukölln.

Der Abenteuerspielplatz verbindet Natur, Ökologie und Handwerk. Der Montag ist als Frauentag eingerichtet.

Herr Hoppe informiert auf Nachfrage von Herrn Rühlmann, dass diese Angebote aus den bestehenden Mitteln finanziert werden. Genutzt wird die vorhandene Infrastruktur, welche möglichst effizient zusammengeführt wurde. Frau BzStR Vonnekold ergänzt, dass eine Vielzahl der Angebote nur durch das hohe Engagement der Mitarbeiter möglich ist, aber auch durch die guten Kontakte zur Polizei und die ehrenamtliche Arbeit der Rechtsanwälte. Sicher könnten weitere ähnliche Projekte auf die Beine gestellt werden, wenn mehr Mittel zur Verfügung ständen.

Frau Finger bedankt sich für die Vorstellung.

zu 4 Kostenloses Singen? Drucksache: 1717/XVIII

Da Herr Mahlo nicht anwesend ist, bittet Herr Daum darum, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

zu 5 Themenvorschläge für 2011

- Vorstellung Kita Du & Ich, Kooperation mit drei Schulen
- Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

zu 6 Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung:

- Von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung werden auch in diesem Haushaltsjahr Mittel für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit von Bürgern/-innen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Neukölln kann in diesem Jahr solche Initiativen mit 42.000 Euro unterstützen. Antragsberechtigt sind alle Bürger/-innen, die ehrenamtlich arbeiten und ein Vorhaben außerhalb eines QM-Gebietes durchführen wollen. Vorschläge für Vorhaben wie Renovierungen von Klassenräumen, Gestaltung von Kindergärten, etc. können bis zum 08.04.2011 im Büro der Jugendstadträtin bei Frau Könning eingereicht werden.
- Der Referentenentwurf für das neue Kinderschutzgesetz wurde von der Bundesministerin Kristina Schröder vorgelegt und nun diskutiert. Es werden hierbei Stellungnahmen der Wohlfahrtsverbände, der Freien Träger und Verbände erarbeitet. Noch im Februar soll es ein Expertengespräch im Bundesfamilienministerium geben.
- Die Arbeitsgruppe 8 mit den Themenschwerpunkten „Familienförderung, präventiver Kinderschutz“ wurde von der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Jugendhilfe der Senatsjugendverwaltung und der Jugendamtsleitungen beauftragt, die Leistung „Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 SGB VIII“ zu beschreiben. Daraufhin wurden die vielseitigen Angebote im Land Berlin erfasst und daraus ein notwendiger Finanzierungsbedarf von 40 Mio. Euro für Gesamtberlin abgeleitet. Dieser Summe liegen verschiedene Modelle zugrunde, die auch sozialräumliche Entwicklungsfaktoren berücksichtigen.

Die Beschreibung soll das Bewusstsein im politischen Raum schärfen und möglichst die Themengestaltung der neuen Legislaturperiode beeinflussen. Die Bezirksstadträte für Jugend werteten den Vorschlag als vernünftig, da durch Investitionen in die Prävention langfristig eine weitere Steigerung der Kosten der Hilfen zur Erziehung verhindert werden kann. Jedoch kann die direkte monetäre Wirkung der langfristig wirkenden Prävention nicht bezif-

fert werden, was die Argumentation mit Haushaltern immer wieder erschwert. Es besteht dringend die Notwendigkeit, in Prävention zu investieren, da die gleichen Hilfen später im Rahmen von HzE die Kosten deutlich steigern werden.

Seine vielfältigen Präventionsangebote konnte der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg durch Quersubventionierungen leisten, hierfür wurde die Jugendberufshilfe eingestellt, Einsparungen bei der Jugendgerichtshilfe vorgenommen, die Jugendförderung ausgegliedert und es sind freierwerbende Personalmittel aus der Bezirksfusion eingeflossen. Für Neukölln ist ein solches Finanzierungsmodell nicht umsetzbar.

Auf Nachfrage erläutert Frau Dr. Gallus-Jetter die Tabelle mit den Rechnungsmodellen und den sozialräumlichen Entwicklungsfaktor.

- Zum 10-jährigen Bestehen des Mädchennotdienstes lädt der Wildwasser e.V. am 16.03.2011 von 9 bis 17.00 Uhr in das Nachbarschaftshaus Urbanstraße 21 zu einer Fachtagung mit dem Thema „Am Rand und Mittendrin - gesellschaftliche und politische Verantwortung für die Randgruppe ‚Mädchen in Not‘“. Eine vorherige Anmeldung ist erforderlich.
- Der Krimilogische Zentralstelle e.V. hat für sein Forschungsprojekt „Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafjustiz bei Sexualdelikten gegen Kinder“ einen Endbericht vorgelegt. Bei Interesse kann er sich unter www.netzwerk-kooperation.eu heruntergeladen werden.

Weitere Mitteilungen:

- Herr Ahrens informiert über den aktuellen Werdegang bezüglich der Grundstücksübertragung der Kita Rappelkiste. Aktuell soll es einen Vermerk der Senatsverwaltung geben, in welchem das Bezirksamt den Bodenrichtwert falsch angegeben hätte. Dass dieser korrigiert werden müsste, sei wiederum dem Bezirksamt nicht bekannt. Er weist noch einmal darauf hin, dass von der Grundstücksübertragung die Finanzierung des Umbaus abhängig ist. Klappt dies nicht zeitnah, sind der komplette Umbau und damit die Fördergelder verloren. Frau BzStR Vonnekold ist verärgert über diese Vorgehensweise, verspricht aber sich mit dem Facility Management in Verbindung zu setzen. Herr Pade selbst ist nie aufgefordert worden, Bodenrichtwerte einzureichen. Herr Posner hat die Berliner Woche informiert und wird die Situation dort darlegen.
- Herr Daum informiert, dass das Bundes-Immissionsschutzgesetzes geändert wurde. Durch eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes soll künftig sichergestellt sein, dass der Lärm von Kindertageseinrichtungen und Spielplätzen nicht mehr als "schädliche Umwelteinwirkung" gewertet werden kann.

zu 7 Nächste Sitzung

Als nächster Termin wird der 17.03.2011 vereinbart.

Berlin-Neukölln, 7. April 2011



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses

Saskia Könning
Protokollführung